№. 23. 1850.

Lausitzer Zeitung

für

Tagesgeschichte und Unterhaltung

nebst

Görlitzer Nachrichten.

Vierteljähriger Abonnements-Preis: für Görlitz 12 sgr. 6 pf., innerhalb des ganzen Preußischen Staats incl. Porto-Aufschlag 15 sgr. 9 pf.

Erscheint wöchentlich dreimal, Dinstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühren für den Raum einer Petit-Zeile 6 pf.

Redaction: G. E. Ziegler. Görlitz, Donnerstag den 21. Februar 1850. Verlag von G. Heinze & Comp.

Wer da nicht das Recht will beugen, Der soll hören auf zwei Zeugen.*)

Als ein freudiges Ereigniß und in sehr hoffnungsvollem Tone begrüßt der „Globe**)“ den Eintritt Preußens in die Reihe der constitutionellen Staaten. Die preuß. Verfassung, heißt es in dem betreffenden Artikel, welche am 6. Febr. den endgültigen Abschluß des Königs Friedrich Wilhelm erhalten hat, nimmt in der europäischen Geschichte ihre Stelle als ältestes erwachsenes Kind der Erschütterungen des Jahres 1848 ein. Die schweren Kämpfe, unter welchen sie empfangen wurde und heranwuchs, dürfen wir den eigenthümlichen Fehlern, sowol des Königs, wie des Volkes, zur Last legen; allein es ist wenigstens ein befriedigender Gedanke, daß die vergleichsweise milde Form, in welcher diese Kämpfe in dem gegenwärtigen Falle aufgetreten sind, ihr Dasein dem aufgeklärten Patriotismus des Königs verdankt und ein Zeugniß ablegt von dem kräftigenden Einflusse, den selbst eine höchst oberflächliche politische Erziehung auf das Volk ausgeübt hat. Kein Demagog kann eine so eherne Stirn haben, daß er wagen sollte zu behaupten, der König von Preußen sei unversehens von der Revolution überwältigt worden und habe dem panischen Schrecken eines Augenblicks Zugeständnisse gemacht, von deren Gewährung ihn früher sein Gewissen oder seine Selbstsucht abhielt. Der furchtsamste Reactionär kann kaum blind sein gegen die Befähigung, welche die Staatsmänner und das Volk Preußens für Selbstregierung und weisen Vergleich bereits an den Tag gelegt haben. Es ist unsere feste Ueberzeugung, daß der König von Preußen seine Stellung anderen Staaten gegenüber von jetzt an unendlich stärker finden wird, als zu der Zeit, wo sie auf der Unterstützung eines antinationalen und unpopulären Bündnisses ruhte;***) daß seine auswärt. amtlichen Stellvertreter nicht als Stimme des preuß. Hofes allein, sondern für ihr ganzes einig und frei gewordenes Volk mit doppeltem Gewichte sprechen werden; daß jede Börse Zeugniß von einer Hebung des finanziellen Credits Preußens ablegen wird, und daß die erste Stunde kommender Gefahr den Beweis der unerkaufbaren Stärke der Anhänglichkeit des Volkes liefern und die vorübergehenden Gefühle des Jahres 1813 zu dauernden Thatsachen in der zukünftigen Geschichte Preußens machen wird. Um die Bedeutung der Rede, in welcher der König seine Zustimmung zu der Verfassung gab, vollkommen zu verstehen, müssen wir uns seine persönliche Stellung und die Vorverhältnisse seiner Regierung vergegenwärtigen. Er stand auf der Brücke, welche über die Kluft zwischen zwei Zeitaltern führte, dem Zeitalter der väterlichen Strengherrschaft und dem der parlamentarischen Regierung. Sogar die Widersprüche seines Benehmens sind ein Pfand seiner Aufrichtigkeit. Fürsten wie Franz I. oder Ferdinand II. v. Neapel sind jederzeit bereit, einen Eid zu schwören und sich jeder Demüthigung zu unterwerfen, indem sie fest entschlossen sind, sobald der augenblickliche Druck vorüber sein wird, jede Verpflichtung zu brechen und jede Beleidigung mit Zinsen zurückzuzahlen. Aber der König von Preußen hat hartnäckig für Vorrechte gekämpft, welche, wie er glaubt, die Führung der Regierung erleichterten, und wir sind überzeugt, daß der ehrenvolle Vergleich zwischen den Kammern und dem Fürsten auf beiden Seiten gewissenhaft beobachtet werden wird. (D. A. Z.)

Nachschrift. Vergleichen wir mit dem obigen engl. Artikel eine Correspondenz aus Berlin in der D. A. Z. — Am 6. Febr. also ist die constitutionelle Verfassung Preußens als ein von allen Parteien unterschriebenes und untersiegeltes Actenstück in den Archiven der europäischen Staatengeschichte niedergelegt worden. Wir wissen wohl, daß damit nicht Alles abgethan und Preußen noch weit entfernt ist, ein fester Stützpunkt des constitutionellen Princips in Deutschland zu sein. Es ist ganz richtig, daß nur wenige der großen leitenden Ideen für eine durchgreifende Umgestaltung der politischen und socialen Verhältnisse in ihrem ursprünglichen Sinne in diese Verfassung niedergelegt sind; es ist richtig, daß im Vergleich mit den Märzverheißungen durch diese Verfassung dem Volke mehr genommen als gegeben worden; es ist endlich richtig, daß selbst von dem Gewährten noch ein Theil an allerlei schlimmen Vorbehalten, wozu wir die Erfurter Revision rechnen müssen, scheitern kann. Aber möchte die Nation trotzdem die ganze Bedeutung der Thatsache erkennen, daß mit dem absoluten Systeme in Preußen thatsächlich gebrochen ist, nachdem der König vor den Volksvertretern des Landes und den Vertretern der ganzen civilisirten Staatenwelt ihm abgeschworen hat. Fortan ist ein unbeschränktes Regiment in Preußen rechtlich nur wiederherzustellen mit Zustimmung des ganzen Volkes oder durch Gewalt, angethan dem eigenen Eide, der Weltgeschichte überhaupt und der Geschichte vom Namen des Hauses Hohenzollern insbesondere.

---

*) Man vergl. den aus d. „Atlas“ mitgetheilten Leitart. in Nr. 21. Noch ist in Betreff des Leitartikels in Nr. 21. zu bemerken, daß durch ein Mißverständniß bei der Nichtbeachtung eines zweckmäßig erachteten Absatzes auf der zweiten Spalte in der Mitte vor der Erwähnung Portugals folgende Uebergangsworte ausgefallen sind: „Unstreitig verbessern sich die Finanzen des Festlandes“.

**) Die Engl. Ztg. „the Globe“ gilt als das halbamtliche Organ Lord Palmerston's.

***) d. h. eines durch gegenseitige Volksabneigung unvolksthümlichen, der Natur und Civilisation des preuß. Volkes nicht entsprechenden Bündnisses.

Deutschland.

Preußen. Berlin. Ein großer Theil unserer bedeutendsten Fabrikanten hat sich fest entschlossen, bei der in Leipzig stattfindenden Industrieausstellung deutscher Erzeugnisse unbetheiligt zu bleiben, dahingegen aber den Wunsch zu erkennen gegeben, daß auch Preußen nicht zurückbleibe und bis zum Herbst dieses Jahres eine Ausstellung in Berlin veranstalte, wobei es sich gewiß am sichersten zeigen würde, welcher Einrichtung die deutsche Industrie den Vorzug zu geben hätte. (Const. Z.)

Berlin, 14. Februar. Die II. Kammer verhandelte in der gestrigen Abendsitzung über die Regierungsvorlage in Betreff der Verhältnisse des Großherzogthums Posen. Der Antrag der Regierung geht dahin: „Die Kammer wolle ihre Zustimmung zur Einverleibung des nicht zu Deutschland gehörigen Theiles der Provinz Posen in den deutschen Bund ertheilen.“ Dieser Antrag ist in der Commission mit 13 gegen 1 Stimme verworfen, und dafür mit 8 gegen 6 Stimmen der Antrag angenommen worden: „Die Kammer wolle beschließen, ihre Zustimmung zur Einverleibung des noch nicht zu Deutschland gehörigen Theiles der Provinz Posen unter der Bedingung zu ertheilen, daß vorher die Provinz Posen als ein Ganzes aufgelöst und ihre Bestandtheile den angrenzenden Provinzen Preußen, Brandenburg und Schlesien zugetheilt werden.“ Nach einer Ausführung des Berichterstatters v. Brauchitsch, welcher der Kammer den Gesichtspunkt in's Gedächtniß zurückruft, den dieselbe früher in der Posener Frage eingenommen hat, erhebt sich der Min. des Innern:

Ich werde mich kurz fassen können, da ich mich über die rechtlichen Gesichtspunkte, welche hier in Erwägung kommen, bereits früher ausgesprochen habe. Das Großherzogthum Posen ward durch die Wiener Verträge aus verschiedenen Theilen gebildet, die ehemals zu dem preußischen Staatsgebiet gehört hatten. Anfangs erfreute man sich der Wohlthaten des preußischen Scepters: später drangen deutsche Intelligenz und deutsche Capitalien mehr und mehr ein, wodurch auf den Provinziallandtagen eine gewisse Opposition hervorgerufen ward. Noch ungünstiger wurde das Verhältniß im Jahre 1831 und konnte sich auch später nicht günstiger gestalten, da die polnische Nationalität zu der Rolle verurtheilt schien, eine Garde der Revolution zu bilden. So trat das Jahr 1846 ein; ich brauche nicht daran zu erinnern, was damals und im Jahr 1848 geschah. Die Thatsache läßt sich nicht bestreiten, daß unsere Truppen in der Provinz kämpfen mußten; die Deutschen in der Provinz haben damals wesentlich die Regierung gestützt. Das Verhältniß wurde immer mißlicher, die Deutschen glaubten sich bedroht, die Polen beschwerten sich über Unterdrückung durch die Beamten, von beiden Seiten hielt man den Zustand für unerträglich. Zu jener Zeit wurde die Provinz Preußen dem deutschen Bunde einverleibt: in Posen wurde ein Antrag im gleichen Sinne laut und die Folge war die Demarcations= (Abscheidungs)= Linie, die, was man auch von ihr denken möge, rechtlich besteht. Ihr eine administrative Folge (Aenderung in der bisherigen Verwaltungsform) zu geben, dagegen sprechen verschiedene Gründe. Erstens die preußische Verfassung, welche nothwendig auch jene Landestheile umfassen muß. Sodann war einleuchtend, daß der demarcirte (abgegrenzte) Theil in administrativer Hinsicht (in Bezug auf das Verwaltungsfach) höchst ungünstig gelegen ist. Endlich war zu bedenken, daß auch in jenem Theile eine Menge Deutsche und Preußen lebten, deren Lage unerträglich geworden wäre. Dagegen mußte irgend etwas geschehen, um den vielfachen Klagen abzuhelfen. Die Regierung hat zu dem Ende vorgeschlagen, die Einverleibung der ganzen Provinz zu ermöglichen. Man hat gehofft, dadurch einen polnischen Staat im preußischen nicht aufkommen zu lassen, ohne den Polen wehe zu thun. Der preußischen Regierung liegt es fern, die Nationalität anzugreifen, wo sie sich in ihren Schranken hält. Wenn die neue Staatsform, in der wir uns bewegen, sich befestigt haben würde, so durfte gehofft werden, daß man sich Eins fühlen werde im staatlichen Bewußtsein Preußens, mochte man polnisch oder deutsch sprechen. Diese Hoffnung, wenn sie auch geschwächt ist, kann die Regierung doch nicht aufgeben. Die Einverleibung ist keine unbedenkliche Sache, Preußen giebt damit den letzten Theil des außerdeutschen Staatstheiles auf, die Regierung hat deshalb Ihre Zustimmung nur für gewisse Eventualitäten (Vorkommnisse) gefordert, welche ich Ihnen nicht näher zu bezeichnen brauche. Ihre Commission ist aber bei dem Regierungsvorschlage nicht stehen geblieben. Man übersieht oft neue Uebel, indem man alten entgehen will. Die Auflösung eines Verbandes, der ein Menschenalter gedauert hat, hat seine Bedenken, man muß auch neu organisiren, und die anderen Provinzen haben auch ihr Wort mitzusprechen, ob sie die neuen Gäste aufnehmen wollen. Die Regierung hält es für erforderlich, daß Specialgesetze vorausgehen, welche genau die Auflösung angeben und das Verhältniß zu den angrenzenden Provinzen regeln. Deshalb hat die Regierung den Plan jetzt nicht weiter verfolgt, als geschehen ist. Ich bezweifle, ob es möglich ist, jetzt am Schluß der Sitzungen ein Specialgesetz auszuarbeiten und zu berathen. Nun kann man sagen, die Regierung befinde sich in einer Täuschung, man sei dem Staate und den Bewohnern einer Provinz die Sicherstellung derselben schuldig. Sollte sich, was ich nicht fürchten mag, der Widerstand der polnischen Bevölkerung fortsetzen, so würde ich der Erste sein, der vor die Kammer mit einem Ausnahmegesetz träte, der darlegte, was die Sicherheit des Staates verlangte. Die Provinz ist aber in diesem Augenblick ruhig. Es ist mir wohlbekannt, daß gewisse Verbindungen bestehen, mit diesen aber, glaube ich, wird man etwa auch durch die gewöhnlichen Mittel fertig werden. Auf den Widerspruch der Regierung würde der Plan der Commission insofern nicht stoßen, wenn die Regierung darin das einzige Mittel des Friedens sähe, aber das bitte ich Sie zu bedenken, daß Sie der Regierung theilweise Unmögliches zumuthen. Sie würden die Regierung in Verlegenheit setzen, die Regierung wünscht nicht so zu verfahren, außer wenn uns die Umstände es gebieten. Wollte man zu einer Zerstückelung schreiten, so würde man den Wünschen, die berechtigt sind, Rechnung tragen; würde es aber klug sein, die kleinste Provinz noch zu verkleinern, und zwar durch Abtrennung des wesentlich deutschen Theiles? Mit dem, was ich gesagt habe, will ich durchaus nicht sagen, daß die Regierung kein Recht zu Ihrem Vorschlage hätte; selbst wenn die Wiener Verträge zweifelhaft wären, so würden doch wohl Krone und Volksvertretung zusammen eine rechtsgiltige Erläuterung geben können. (Bravo.) Das Einzige, warum ich Sie bitte, ist, daß Sie nicht Ihre Zustimmung an Bedingungen knüpfen, die für jetzt unausführbar sind. Sollte man später die Ansicht gewinnen, daß eine Aenderung der Kreiseintheilung nothwendig sei, so würde man das Nöthige nicht unterlassen, jetzt aber ist man es der polnischen Nationalität schuldig, noch einmal einen Versuch zu wagen. (Bravo.)

Etwa zehn Redner sind gegen und eben so viel für den Commissionsantrag eingeschrieben. Abg. Beseler gesteht, wiewohl er kein Freund Rußland's ist, so würde er es doch für keine loyale (aufrichtige) Politik gegen Rußland halten, in einem demarkirten (abgegrenzten) Theil einen Kern für ein künftiges Polen zu schaffen. Mit dem Guten muß man auch das Schlechte aus Preußen nach Deutschland mit hinübernehmen. Auch abgesehen von höheren politischen Rücksichten muß man auf die schmale Ausdehnung jenes abzugrenzenden Zipfels Rücksicht nehmen: hier haben alle Provinzen ein Recht, daß ihr Interesse bei einer Veränderung der Verhältnisse von Posen nicht unbeachtet bleibe. Die Grenze Deutschlands darf nicht mit dem Interesse einer Grenzprovinz identificirt (gleichgestellt) werden; es genügt also nicht, wenn auch die deutschen Bewohner von Posen die Demarkationslinie haben wollen. Ist es aber durch diese Bedenken gerechtfertigt, den Provinzialverband zu lösen? Schon das Besitzergreifungs=Patent antwortet mit Nein. Der Verband hat 30 Jahre bestanden, man darf zu dem Aeußersten nicht ohne Noth vorgehen. In dieser Erwägung macht der Redner den vermittelnden Vorschlag, daß die Kammer die Einverleibung der Provinz genehmige, vorher aber Vorlagen von der Regierung erwarte, welche die definitiven (schließlichen) Verhältnisse der Provinz regeln und die Rechte beider Nationalitäten festsetzen.

Der Min. des Innern erklärt sich mit dem Vorredner im Wesentlichen einverstanden. Die Ereignisse, welche zwischen 1848 und heute liegen, haben einen breiten Strich zwischen jenen Zusicherungen und der heutigen Sachlage gezogen. Die Maßnahmen der Regierung werden sich an den Abschluß der deutschen Verhältnisse, den ich aufrichtig wünsche, anschließen. Dem Schluß der eben gehörten Rede zolle ich meinen Beifall, nur den Unterschied zwischen Recht und Politik fasse ich anders. Ich meine, daß die schlaueste und tiefste Politik die ist, die mit der größten Offenheit an's Werk geht: wenn man also meint, daß das Recht über der Politik steht, so meint man eben die ächte Politik nicht.

Nach dem Schluß der Debatte und Abwerfung mehrerer Verbesserungsvorschläge wurde der Regierungsvorschlag mit großer Mehrh. angenommen.

In der Vormittagssitzung der I. Kammer vom 14. Februar war das Rentenbankgesetz der Hauptgegenstand der Tagesordnung. Die Comission hatte die Annahme folgender Grundsätze vorgeschlagen: 1) daß der Verpflichtete $^{9}/_{10}$ der durch das Ablösungsgesetz festgestellten Renten an die Rentenbank zahle, $^{1}/_{10}$ aber ihm erlassen werden solle, nachdem 2) die Abfindung auf den zwanzigfachen Betrag der Rente nach §. 64. des Ablösungsgesetzes vorgeschlagen ist; 3) daß der Zinssatz der Rentenbriefe 4 Proc., also $^{3}/_{10}$ der Renten betragen und 4) daß das neunte Zehntheil der Rente also $^{1}/_{2}$ Proc. zur Amortisation (Schuldentilgungsleistung) gelangen solle, wonach 5) die Dauer der Amortisationsperiode $56^{1}/_{2}$ Jahr dauern würde. Die Commission trug auf Grund ihrer Einigung darauf an, nur die neuen wesentlichsten Punkte zur Specialdebatte zu bringen, die übrigen aber im Ganzen anzunehmen. Dies wurde genehmigt, nachdem v. Vincke die Aenderungen der Commission kurz empfohlen.

Erfurt, 17. Febr. Es wird eine wahrhaft fürstliche Pracht bei der Ausstattung des Parlamentsgebäudes angewendet. So sind z. B. die Wände mit Sammettapeten decorirt, die Stühle aus feinstem Mahagoniholz verfertigt u. dgl. mehr. Beide Häuser werden übrigens in einem und demselben Gebäude, der Augustinerkirche, tagen. Die Vermuthung, daß Hr. v. Manteuffel seine Kanzlei mitbringen werde, hat sich nicht bestätigt; er für sich selbst hat bereits eine Wohnung außerhalb der Stadt miethen und auch dem Stadtrathe vertraulich den Rath geben lassen, im eigenen Interesse der Bürger dahin zu wirken, daß sie den Miethpreis den Parlamentsmitgliedern, wie allerdings geschehen sollte, nicht zu hoch ansetzen. Für die Parlamentssession werden Reichstruppen des engeren Bundes, namentlich Meklenburger, Braunschweiger und Weimaraner, hier lagern;

auch Berlin wird 100 Constabler und mehre Polizeicommissare senden. (D. Allg. Z.)

Bayern. München, 16. Febr. Die Kammer der Reichsräthe hat in ihrer heutigen Sitzung den von der Kammer der Abgeordn. angenommenen Gesetzentwurf des Ministeriums über die Emancipation (bürgerl. Gleichstellung) der Israeliten verworfen. Sämmtliche Prinzen des Kgl. Hauses haben gegen den Entwurf gestimmt.

Württemberg. Stuttgart, 12. Febr. Der (Württemb.) Staatsanzeiger weist auf den Geist der neuesten Vorgänge und Königl. Reden in Berlin, um die Württembergische Regierung zu rechtfertigen, daß sie sich nicht „kopfüber in das Bündniß vom 26. Mai gestürzt". Wenn Friedrich Wilhelm erklärt habe, in Preußen müsse der König regieren, und er wolle auch regieren, denn so bringe es Gottes Ordnung mit sich, so werden sich auch die Aussichten für die preußisch-deutsche Reichsverfass. danach bemessen. „Denn auch als erblicher Reichsvorstand wird der König es als Lebensbedingung des Reichs ansehen, daß er regiere, und er wird auch regieren wollen und der Erfurter Reichstag und die Reichstage nach ihm werden ihm dazu helfen müssen. — Sie werden es auch um so gewisser thun können, da nach dem Berliner Entwurfe, wenigstens wie er jetzt ist, von den 167 Mitgliedern des Staatenhauses auf Süddeutschland (Bayern und Württemberg mit einbegriffen) etwa 57 fallen, und im Volkshause die etlichen und 80 Abgg., die auch wieder mit Einschließung von Bayern und Württemberg auf Süddeutschland träfen, von den 160 Abgg., die allein Preußen stellt, leicht überstimmt werden. Und wenn nun unter diesen 160 Abgg. noch dazu ein ansehnlicher Theil, vielleicht die Mehrzahl, wenn auch nicht jener Partei der Kreuzzeitung, doch — wie es vollen Anschein gewinnt*) — dem specifischen Preußenthum angehört? Wie dann?" — Fast noch wichtiger, als diese Erklärung des halboffiziellen Blattes, erscheint es, daß auch die Zeitung der deutschen Partei jetzt erklärt: „Mögen die Brandenburg-Manteuffel'schen Absichten noch so gut sein (wir wissen es nicht), so hat die Erfahrung gezeigt, daß die Absichten oder die Stimmungen des Königs mächtiger sind, als der gute Wille von Brandenburg-Manteuffel; und diesem Allen nach sind wir des Dafürhaltens, daß wenn Preußen nicht eine andere Bahn verfolgt, Deutschland durch Erfurt nicht geeinigt werden wird." (Lpz. Z.)

*) Die Hrn. Württemberger werden wol schon ihre Täuschung, wenigstens in diesem Punkte, erkannt haben. Freilich hat es Preußen nicht zu verantworten, daß die Württemb. Krone 1814 und 1815 kaum zu bewegen war, sich nicht von Deutschland zu trennen, da es dieselbe praktikabler fand, bei Groß-Württemberg (im Gegensatz zu den schmalen Beutelsbacher Erb- und Erwerbschaften, trotz des Hohenstauff. Raubes) stehen zu bleiben und sich mit der von Napoleon geschenkten Königswürde zu begnügen. Red.

Baden. Aus Offenburg wird gemeldet, daß vom dortigen preuß. Commandanten ein scharfes Verbot gegen jedes maskirte Erscheinen in der Fastnachtswoche, sowol auf der Straße, wie beim Tanz, so bei Tage, wie bei Nacht, erlassen worden sei. Darauf wurde ihm ein namenloser Brief zu Theil, des Inhalts: „wenn er das Verbot nicht zurücknähme, so werde er an den Tagen, wo man sich zu maskiren gewohnt sei, nicht mehr sein," welchen Brief der Commandant sogleich im dortigen Localblatte abdrucken ließ, die Verordnung aber zu gleicher Zeit wiederholte und verschärfte. (Lpz. Z.)

Schleswig-Holstein. Friedrichsstadt, d. 11. Feb. Ein vor einigen Tagen in Süderstapel abgehaltenes Vergnügen ist leider von traurigen Folgen gewesen. Die dort liegenden 10 Mann Preußen waren zur Theilnahme an der Festlichkeit von Landleuten geladen; allein trotz des ursprünglichen guten Einvernehmens sind dennoch beide Parteien am späten Abend in Schlägerei gerathen und eine Civilperson konnte sich so weit vergessen, von einem Gewehre Gebrauch zu machen, wodurch drei Preußen nicht unbedeutend verwundet worden sind. Wegen dieses Vergehens wird Süderstapel jetzt Hamburg's Schicksal erfahren, indem morgen eine Comp. des 12. Reg. von hier dahin abrücken wird. — Dagegen begiebt sich sämmtliches nach der Landschaft Angeln (südl. von Flensburg und nördlich von der Schley) auf Execution beorderte preuß. Militär heute und morgen nach Schleswig zurück. Die Kirchspielsbauern haben in einer Versammlung beschlossen, sie dahin zurückzufahren, und so sind heute 20 Fuhren abgegangen, und werden morgen deren 40 abgehen. (B. N.)

Kiel, 13. Febr. Die Gesammtstaatsideen, die in Copenhagen da und dort aufgetaucht sind, haben in Rußland, wie verlautet, an Theilnahme verloren, wiewol allerdings das russische Cabinet mehr für Dänemark eingenommen ist; aber Oesterreich und Frankreich sind für einen solchen. Lord Palmerston, der gemeinsam mit Preußen gern den Herzogthümern beistehen möchte, ist der Sache doch überdrüssig und wünscht einen baldigen Friedensabschluß. Zu den größten Freunden Dänemarks gehört der König von Schweden, und der Plan, Rendsburg von Schweden zu besetzen, ist auch wieder angeregt. Eine Kündigung des Waffenstillstandes von Seiten der dänischen Regierung ist gar nicht unwahrscheinlich, und daß in der ersten Aprilwoche der Krieg wieder beginnen solle, ist namentlich auf Alsen sehr verbreitet. Von manchen Seiten meint man, es sei das sehr wünschenswerth, da Unterhandlungen doch zu nichts führen würden. (Kiel. C.-Bl.)

Oldenburg, 16. Febr. Der Landtag ist heute zu einer vorläufigen Versammlung zusammengetreten. Die feierliche Eröffnung soll am 19. Febr. stattfinden.

Freie Städte. Frankfurt a. M., 17. Febr. Der Ausschuß (vgl. Nr. 22.) hat sich mit 5 Stimmen gegen 2 für den Anschluß der Stadt Frankfurt an das Berl. Bündniß vom 26. Mai v. J. erklärt.

Oesterreichische Länder.

Berlin, 13. Febr. Die „Deutsche Reform" theilt die Nachricht mit, daß in gut unterrichteten Kreisen davon die Rede sei, daß an Stelle des Erzherzog Albrecht der Feldzeugmeister v. Haynau den Oberbefehl in Böhmen erhalten werde.

Wien, 15. Febr. Gen. Klapka beschwert sich in der Cölner Zeitung in einem Schreiben an den Feldzeugmeister v. Haynau, welches zwar sehr interessant, aber selbst für einen Auszug zu lang für die Spalten dsr. Ztg. ist, über zahlreiche Verletzungen der Capitulation von Komorn.

Wien, 15. Febr. Der „Osservatore dalmato" meldet, daß hin und wieder ungarische Flüchtlinge sich nach Bosnien begeben, wo sie vom Wesier, der diesfällig besondere Weisungen von seiner Regierung erhalten hat, mit der größten Zuvorkommenheit aufgenommen werden.

Wien, 15. Febr. Die österreichischen Häfen von Venedig, Pola und Lissa*) wurden zu Kriegshäfen erklärt, weshalb in denselben, sowie in den dazu gehörigen Ankerplätzen, kein ausländisches Kriegsschiff landen darf.

*) Pola ist der bekannte Hafen auf der Südspitze von Istrien, Lissa dagegen eine kleine, zu Dalmatien gehörige, vor Spalatro liegende Insel des Adriameeres mit der Hafenstadt S. Georgio von etwa 3000 Einwohnern.

Prag, 12. Febr. In Ungarn dauern die Assentirungen (Militär-Einstellungen) der Honveds (ungar. Bürgerwehrsoldaten) noch immer fort, obwol deren bereits 100,000 den Fahneneid geschworen haben sollen; darunter eine Menge früherer Offiziere zum Theil aus den vornehmsten Geschlechtern. Gleiches Schicksal soll auch die mobil gemachten ungar. Nationalgarden und die Theilnehmer des Debrecziner Landtages erwarten. — In Agram (Croatien) weigert sich der vom Banus (oberster Civil- und Militärstatthalter) aufgelöste Comitatsausschuß (der fortdauernde Ausschuß der Landständischen Verwaltungsbehörde) auseinander zu gehen. (Lpz. Z.)

Frankreich.

Paris, 17. Febr. Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß unser Gesandter in Berlin, Hr. de Persigny, sehr entschieden für die preußische Oberherrschaft und gegen Oesterreich gestimmt ist. Auch soll Ludwig Napoleon im Namen Frankreichs für den Fall eines Krieges zwischen Preußen und Oesterreich schon im voraus durch förmliche Zusicherungen für das erstere Partei ergriffen haben. Die bedeutendsten Führer der Nationalversammlung scheinen dagegen weit eher einem Bündniß mit Oesterreich, jedenfalls aber einer großen Zurückhaltung in Betreff der deutschen Angelegenheiten das Wort reden zu wollen. Insbesondere sind sie gegen jedes Aufgehen der kleineren deutschen Staaten in einem der großen, weil ihnen die Bildung eines einigen und mächtigen Reichs an den Grenzen von Frankreich gefährlich erscheint. (Köln. Z.)

Paris, 12. Febr. Wie sich erwarten ließ, so haben die Artikel des „Napoleon" einen ungünstigen Eindruck gemacht. Die bedeutendsten Journale übergehen die in demselben enthaltenen Anspielungen auf das Kaiserthum, die Angriffe auf die Nationalversammlung und die Seitenhiebe auf die legitimistische Partei mit einem auffallenden Stillschweigen, das entweder berechnet ist oder in der zufälligen Abhaltung durch Carnewalsfeste seinen Grund hat. Diejenigen Blätter, die den gestrigen „Napoleon" besprechen, beschränken sich fast ganz darauf, den Hauptinhalt desselben wiederzugeben, der nach dem „Univers" sich in den Worten zusammenfassen läßt: „Der Präsident der Republik

muß die absolute (unumschränkte) Gewalt haben!" Die Erklärung des „Napoleon", daß der Präsident der Republik durchaus nicht mit dem General Changarnier zerfallen sei, wird von den Zeitungen der Mehrheit mit Beifall aufgenommen, da sie diesen General als die festeste Stütze der Rechte der Gesetzgebenden Versammlung gegen angebliche feindselige Pläne der Vollstreckenden Gewalt betrachten. — Die „Liberté" schreibt heute Folgendes über das Verhältniß des Gen. Changarnier zum Präsidenten der Republik und zur Nationalversammlung: „Die drei Persönlichkeiten, die in diesem Augenblicke den unmittelbarsten Einfluß auf die Angelegenheiten des Landes ausüben, der Herr Präsident der franz. Republik, der Kammerpräsident Dupin und der General en chef der Pariser Nationalgarde, Changarnier, bilden, wenn wir wohlunterrichtet sind, seit einigen Tagen ein ziemlich unharmonisches Trio. Schon lange fand man im Elisee (Palast des Präs.), daß der Character des Generals Changarnier, undurchdringlich wie eine mit Hieroglyphen (Bilderschrift) beladene Säule, den geheimen Wünschen einer ungeduldigen Umgebung nur wenig entsprach, indem er den ehrgeizigen Träumereien oder den ungestümen Launen der Hofpartei stets eine berechnete Kälte entgegensetzte. Schon lange beklagte man in vertrauten Unterhaltungen, daß man die Schlüssel der Zukunft einem so ungelehrigen und unfügsamen Manne anvertraut habe, mit dem man immer zählen müsse, auf den man aber nicht mehr zählen könne. Einige Worte des Generals, der sonst wenig spricht, waren wiederholt besprochen und ausgelegt worden. „Zu einem Staatsstreiche", sollte er geäußert haben, „muß man sich doch auf irgend Jemand und auf irgend Etwas stützen." Daher der Groll. Der General wurde ein unbequemer Vertheidiger, ein intelligenter (etwa: staatskluger) Degen, den man so schnell als möglich wieder in die Scheide bringen mußte, unter dem Vorwande, dem ausgezeichneten Manne die nach so viel glänzenden Diensten gebührende Ruhe zu gewähren. Allein auf das erste Gerücht von den gegen Changarnier's Befehlshaberschaft geschmiedeten Plänen gerieth die Nationalversammlung in Bewegung, und es heißt, daß dem Präs. Dupin im Namen der Mehrheit ein feierlicher Schritt auferlegt wurde, wobei in einem kurzen, aber derben Dialog der Präs. der Gesetzgebenden Versammlung dem der Vollstreckenden Gewalt zu verstehen gegeben hätte, daß jene sich kraft ihrer verfassungsmäßigen Rechte sich wol den General Changarnier, wenn er abgesetzt würde, aneignen und ihm den Oberbefehl über die zur Vertheidigung der Nationalvertretung nöthigen Truppen übertragen könnte, für den unwahrscheinlichen Fall, daß die Verfassung bedroht erschiene. Die Ueberlegung hätte darauf für diesmal noch den Sieg über gefährliche Einbildungen davongetragen und man hätte eingewilligt, zu erhalten, was man nicht gut vernichten konnte. Auf diese Weise wäre denn die mit Gewittern beladene Wolke noch einmal über unsere Häupter hinweggegangen, ohne die anscheinende Ruhe der politischen Welt zu stören." (L. Z.)

Schweiz.

Wien, 10. Febr. Gestern Abend ist aus der Schweiz eine Note eingelaufen, in welcher die eidgenössische Regierung dem von Oesterreich und Preußen an die Schweiz gestellten Begehren in Betreff der politischen Flüchtlinge entspricht.

Griechenland.

Vom adriatischen Meere, 9. Febr. Die cavaliermäßige Politik Lord Palmerston's ist es von jeher gewesen, gegen die schwachen und kleineren Staaten den Eisenfresser zu spielen und sie die Uebermacht des britischen Dreizacks fühlen zu lassen. Es scheint, daß dieser querelleur par passion (Zänker aus Liebhaberei), wie ihn Talleyrand nannte, nicht schlafen kann, wenn er nicht irgendwo in Händel und Fehde liegt. Mit den größeren Mächten hütet er sich wohl anzubinden, und hat daher dem Revolutionstreiben in Europa mit nothwendiger Selbstversagung zugesehen*), denn die Hilfe in Ungarn und Italien waren leere Vertröstungen, welche nur dazu dienten, das Unglück dieser Länder zu beschleunigen. Wir sind weit entfernt, den Fürsprecher, geschweige Lobredner des bisherigen griechischen Staatswesens zu machen. Dasselbe war leider eine halbe Anarchie**), die gar nicht enden wollte; es ist hier nicht der Ort, auf die übereilte Schöpfung dieses neuen Staates zurückzukommen; aber erinnern wollen wir doch, daß England es damals war, welches das große Wort der Humanität (Menschenliebe) und des Christenthumes führte und daraus vornämlich die Herstellung eines unabhängigen Griechenlands verlangte. Bei dieser Gelegenheit möchten wir einen noch heutzutage gang und gäben Irrthum berichtigen, welcher die Bildung Griechenlands auf Grund einer hellenischen Nationalität annimmt. Selten wird ein Gläubiger seinen Schuldner mit mehr Strenge und Bitterkeit seine Gewalt haben fühlen lassen, als England gegen Griechenland mit Bezug auf das Darlehen einiger 100,000 Pfd. Und der einzige Beweggrund war die Rache dafür, daß sich Griechenland nicht gutwillig, gleich Portugal, dazu verstehen wollte, der Schwamm zu sein, woraus der britische Krämergeist seine Procente preßt. Die Griechen, so schlechte Staatsbürger sie sind, sind vortreffliche Kaufleute und stehen im Handels- und Unternehmungsgeiste keinem Volke nach. Es ist zu bewundern, welche Fortschritte sie bei ihrer gedrückten Lage und den wenigen Mitteln, welche sie besaßen, in den letzten 20 Jahren gemacht haben. Die griechische Flagge war in der östlichen Hälfte des Mittelmeeres unbedingt die herrschende geworden und ihr Schiffsbau hatte einen überraschenden Aufschwung genommen. Syra*) konnte für die erste Handelsstadt des griech. Inselmeeres gelten und mit Smyrna und Alexandrien wetteifern. Dies Alles war der engl. Krämerpolitik und ihren selbstsüchtigen Zwecken sehr unbequem und sie spähte schon längst nach einer Gelegenheit, dem ein Ende zu machen. Lord Palmerston warf die Maske ab und trat mit dem Rechte des Stärkeren auf.**) Die Art und Weise, wie es ausgeübt wurde, gehört wol zu den brutalsten in der neueren Geschichte und kann den vormaligen Gewaltstreichen gegen Dänemark würdig an die Seite gestellt werden. (L. Z.)

*) Darauf hat wol auch die angenehme Aussicht auf einige jeweilige Handels- und andere politische Vortheile miteingewirkt.

**) d. h. hier: Ohnherrschaft, und hat man dabei an „Ohnmacht" zu denken.

*) auf der gleichnamigen alten Insel Syros mit 30—40,000 E.

**) Damit ist auch der „Atlas" in e. fein. letzt. Nrn. völlig einverstanden.

Athen. 18—20 griech. Handelsschiffe sind durch engl. Seeleute mit Gewalt aus dem Piräus nach Salamis zur engl. Flotte geschleppt worden. Der Min. des Aeußern, Hr. Londos, machte sogleich dem diplomatischen Corps durch eine Note von der erwähnten Gewaltthat Mittheilung. (N. M. Z.)

Dänemark.

Von der Elbe, 10. Febr. Nachrichten aus Copenhagen bestätigen frühere Mittheilungen über die Forderungen Dänemarks rücksichtlich der Veränderung des Waffenstillstandes: „Zurückziehen der preuß. Truppen aus Schleswig, Besetzung des Herzogthums im Süden der Demarcationslinie mit Schweden, im Norden derselben mit Dänen, und Einsetzung einer vom Könige von Dänemark ernannten Regierung." Dies sind die Forderungen Dänemark's, unter denen es den Waffenstillstand auf 12 Monate verlängern will. — Der König von Dänemark ist seit den letzten 5 Tagen auf seinem Schlosse zu Frederiksborg wegen eines Brustcatarrh's in Folge eines Hoffestes bettlägerig krank geworden. Sowohl in den dänischen ministeriellen Kreisen, als auch bei der Handelswelt, herrscht nicht nur eine gewisse Niedergeschlagenheit, sondern eine ängstliche Spannung. Die dänischen Zeitungen greifen jetzt mit Wuth England, Preußen und die Bundesgewalt in einem Athem an, und gehen in ihrem Eifer so weit, daß sie über ganz loyale Persönlichkeiten ohne alle Schonung herfallen*). (Lpz. Z.)

*) Wahrscheinlich sind solche Personen aus ihren früheren politischen Träumen durch allerhand Desaveu's unsanft aufgeweckt worden und finden sich außer dieser Enttäuschung noch dazu compromittirt.

Schweden.

Stockholm, 29. Jan. Das hiesige höchste Gericht hat jetzt über die bei unseren Märzunruhen vom Jahre 1848, die bekanntlich als eine Ironie auf die großen Freiheitsbestrebungen im übrigen Europa von Anhängern des Ausschlußsystems und Zunftzwanges ausgingen, betheiligten Personen sein Urtel gesprochen. Nach einer äußerst scharfen Votirung ist der Hauptbetheiligte, Goldschmied Lenholm, zu zwei Jahren Festungsarrest verurtheilt worden. (D. Allg. Z.)

Polen.

Kalisch, 8. Febr. Hier eingelaufene Nachrichten aus Warschau theilen die sehr wahrscheinliche Nachricht mit, daß mit dem eintretenden Frühjahre der Kaiser diese werdende Hauptstadt des westlichen Rußlands besuchen und daselbst seinen Aufenthalt nehmen wird. — Die Zeit, in welcher ein Theil der in Polen stehenden Truppen in Marsch gesetzt werden wird, ist nicht mehr fern, denn es geschehen in den westlichen Theilen des Königreichs hierzu bereits die Vorbereitungen, und alle Nachrichten bestätigen, daß diese Truppenbewegungen gegen die türkische Grenze hin geschehen werden. (C. Bl. a. B.)

Schnellpressendruck von G. Heinze & Comp.

Mit einem Beiblatt.

Beiblatt zur Lausitzer Zeitung № 23.

Görlitz, Donnerstag den 21. Februar 1850.

Neueste Nachricht.

Berlin, 19. Febr. Se. Maj. der König hat sich vor etwa 8 Tagen bei Gelegenheit eines Spazierganges durch Anstoßen an einen Gartenpfahl eine Verletzung des Schienbeines zugezogen, in Folge deren Hochderselbe seit dem 18. dies. an einer zuerst unbeachtet gelassenen Entzündung bettlägerig krank geworden.

Merkwürdige Eichen in der Görlitzer Heide.

In dem Jahre 1834, namentlich am 18. und 31. December wüthete in hiesiger Gegend ein Orcan, welcher nicht allein viele Wohnungen, Windmühlen, die Bäume an den Landstraßen beschädigte, sondern auch große Verwüstungen in den Forsten veranlaßte, und die stärksten Nadel- und Laubholzbäume, welche zum Theil mehr als ein Jahrhundert den Ungewittern aller Art getrotzt hatten, sammt den Wurzeln aus der Erde riß, oder auch bald niedriger bald höher über der Erde zerbrach. Welch ein großer Schaden dadurch auch in der Görlitzer Heide angerichtet wurde, wo die ältesten und im besten Schlusse sich befindenden Holzbestände niedergeworfen oder doch so durchlöchert wurden, daß der Einschlag ganzer Districte unvermeidlich wurde, behalten wir uns vor später zu besprechen, und wollen heute nur einzelner merkwürdiger Bäume erwähnen, welche damals auch der Gewalt der Elemente unterlagen, von denen die Görlitzer Heide jetzt nur noch wenige Exemplare aufzuweisen hat, die hinsichtlich ihrer Größe und Stärke an die Urwälder Amerika's erinnern.

In Folge jenes Orcanes ward am 18. December 1834 auf Rauschaer Revier, Ameishügeldistrict, im süßen Winkel, eine Eiche vom Sturme geworfen und sammt dem Wurzelballen aus der Erde gerissen, deren Alter auf mindestens 300 Jahre angenommen wurde. Der Stamm oder Schaft derselben maß, nachdem der Stab abgeschnitten war, 72 Fuß Länge, theilte sich von da ab in drei Wipfel, wovon jeder wiederum 24 bis 30 Fuß lang war, der Stamm hatte am Stockende einen Durchmesser von 6 Fuß 3 Zoll und am oberen Ende, wo sich derselbe in 3 Wipfel theilte, einen Durchmesser von 3 Fuß 3 Zoll, und lieferte sonach 429 Kubikfuß Holzmasse.

Der Stock hatte dicht über der Erde gemessen, einen Umfang von 24 Fuß 8 Zoll. Da dieser Baum zwei Eisklüfte hatte, auch am Stockende auf 4 Fuß lang, weiß faul war, so konnte derselbe weder zu einer Mühlenwelle, Wassertrog oder dergleichen Nutzstücke verarbeitet werden, sondern mußte zur Fertigung von Faßdauben und Brennholz verwendet werden. Derselbe lieferte 240 Stück Faßdauben, 5 Fuß lang, 1440 Stück dergleichen, 3½ Fuß lang, 780 Stück dergleichen, 3 Fuß lang und 9 Klaftern Schnittholz. Der Werth dieser Hölzer betrug nach den damals bestehenden sehr niedrigen Preisen und nach Abzug der Arbeitskosten 56 Thlr. 27 Sgr. 6 Pf.

Andere zwei nicht genau aufgemessene vom Winde geworfene Eichen, welche gleichfalls nicht zu größeren Nutzholzstücken brauchbar waren, lieferten 690 Stück Faßdauben, 5 Fuß lang, 660 Stück dergleichen, 3½ Fuß lang, 1080 Stück dergleichen, 3 Fuß lang, 12 Klaftern Schnittholz und 2 Klaftern Rinde. — Der Geldwerth dieser Hölzer betrug nach damaligen Preisen 110 Thlr. 2 Sgr. 6 Pf.

Allerhand.

In Agram hat am 6. d. ein Strafproceß gegen die „Slov. Jug" stattgefunden. Es war das erste Schwurgericht in Agram, das nicht nur als solches, sondern auch durch die Art und Weise, wie es stattgefunden, bemerkenswerth ist. Auf die Frage des Herrn Verbancic, Anwalt des Angeklagten, was rücksichtlich jener Formalitäten, für welche das croat. provinz. Preßgesetz nicht vorgesehen, zu geschehen habe, ob dafür nicht das österr. Preßgesetz als Norm anzunehmen sei, entgegnete der Landesanwalt Deiz, daß ihm das vom Banus erlassene provisorische Preßgesetz in Allem als Norm gelte. Nachdem die Geschworenen in üblicher Weise gewählt waren, las der Landesanwalt seine gegen einen aufreizenden Artikel im „Slov. Jug" gerichtete Anklage, nach deren Beendigung ein Herr Bosnjakovitsch an alle Anwesenden appellirend die Frage stellte, ob in den verhängnißvollen Zeiten nicht Jedermann mehr oder weniger gefehlt habe? Ein anderer Geschworener, ein Herr Boromista, fragte, nach welchem Gesetze hier zu richten sei, und als man ihm sagte, daß hier nach eigenem Wissen und Gewissen gerichtet werde, stand er auf und sagte in gereiztem Tone, er sei ein freier Mann, ein freier Croat, er verachte zwar keinen Stand, aber er sei Edelmann und somit in der Wiege schon frei gewesen, als solcher erkenne er nur Landtags-Beschlüsse als Gesetze an! Mit diesen Worten trat er aus der Jury, und weil nun der Zwölfte fehlte, gingen die anderen Herren auch auseinander, ohne über Schuldig oder Nichtschuldig erkannt zu haben. Die Angelegenheit wurde vertagt. (Lloyd.)

Der Grubenbrand in den Salinen bei Bochnia, der acht Tage dauerte, ist zum Theil schon erstickt. Die dicken Rauchwolken und das miasmatische Kohlengas hatten eine solche Ausdehnung, daß zu befürchten stand, die alten Bergwerke, Floris genannt, würden gänzlich von demselben ergriffen werden. Die unterirdischen Communicationswege wurden daher sorgfältig mit Salzstücken und Thonerde verstopft, aber die Rauchmassen brachen sich auch durch die Verbarrikadirung Bahn; die Schachten in dem sogenannten Neuen Felde wurden oberhalb mit Dünger belegt, die unterirdischen Communicationsgänge sogar zugemauert, und die Arbeit wurde Tag und Nacht fortgesetzt. Gegenwärtig wird nur in einem fünften Theile der alten Bergwerke auf Salz gegraben und dieses zum Verkaufe hergegeben, vier Fünftel der unterirdischen Bergwerke sind noch unzugänglich. Aus den Schachten Floris und Saturis wird Salz in Stücken und Fässern zu Tage gefördert, der Schacht Regis ist schon zugänglich. (L. A. Z.)

Neu-York, 9. Jan. Für den Handel mit Asien bricht eine neue Zeit heran: das Dampfboot „Empire City", welches zwischen Chagres und hier fährt, seit Californien den Verkehr mit dem Stillen Ocean verzehnfacht hat, überbringt für ein hiesiges Haus direct von China über San-Francisco eine vollständige Ladung von Thee, Seide und Porzellan, die erste dieser Art, die je auf diesem Wege hier angekommen ist. Wahrscheinlich bildet sie nur die Einleitung zu einem neuen unberechenbaren Geschäftsbetriebe. Schon jetzt gehen hiesige Speculanten damit um, eine Dampfschifffahrtslinie von San-Francisco nach den Sandwichinseln und von dort nach China und Indien zu begründen. Indien ist wie in den Urzeiten des Menschengeschlechtes das Losungswort der kaufmännischen Welt. — Das Dampfboot „Empire City" hat 327,000 Doll. in Goldstaub als Postgut überbracht, über 3,700,000 Doll. sollen die 277 Passagiere mitgebracht haben, welche sich an Bord befanden. In San-Francisco wiederholen sich bereits die socialen Bewegungen älterer Staaten: die Zimmerleute haben dort Schicht gemacht, weil sie einen Tagelohn von 16 Doll. verlangen und die Bauunternehmer ihnen nur 12 Doll. bewilligen wollen. Man fürchtete in Californien eine Hungersnoth, und Lebensmittel hatten nach den letzten Nachrichten ausschweifende Preise; vielleicht ist aber die Besorgniß übertrieben und von Speculanten angeregt worden. Von den Ueberlandpilgern nach Californien sind neuerdings 32 von Indianern ermordet worden. (Wes.-Ztg.)

Die Schneehäuser der Eskimos (in Grönland, Labrador rc.). Während des Winters leben die Eskimos in aus Schnee gebauten Hütten. Man kann sich das Elend denken, welches sie zu einem solchen Material greifen ließ. Der Schnee bietet indeß nicht allein Schutz gegen die Rauheit des Wetters, sondern er ist auch fester als Stein oder Holz. Die Operation erfordert Erfahrung und Kenntniß und eine Hütte wird immer von zwei Männern erbaut, von denen einer außen, der andere innen arbeitet. Man schneidet zuerst aus gefrorenem Schnee viereckige Würfel, größer als unsere Ziegelsteine, sie sind zwei Fuß lang, zwei Fuß breit und haben acht Zoll Stärke; diese werden durch Wasser, welches sofort gefriert, verbunden. Zu den Fenstern nimmt man klares, nicht allzu starkes Eis, durch welches das Tageslicht fällt. Rings an den Wänden läuft eine aus Schnee geformte Bank, welche zum Setzen und Schlafen dient und mit Fellen bedeckt ist. Das Innere der Hütte ist domartig gewölbt, sie hat 10 oder 12 Fuß im Durchmesser und ist 8 Fuß hoch. Bisweilen leben zwei oder drei Familien in einem Gebäude, doch hat dasselbe dann kleine Nebenzimmer, während man gemeinsam im Hauptzimmer schläft. Am Tage steht die Hütte auf, des Abends schließt man sie durch Eisschollen.

Görlitzer Kirchenliste.

Geboren. 1) Mstr. Ernst Friedr. Berndt, B. u. Fleischhauer allh., u. Frn. Christ. Friederike geb. Schneider, S., geb. d. 23. Jan., get. den 13. Febr., Adolph Oswald Emil. — 2) Mstr. Joh. Georg Elias Hertwig, B. u. Schneider allh., u. Frn. Henriette Amalie geb. Antelmann, T., geb. d. 31. Jan., get. d. 13. Febr., Minna Clementine Elise. — 3) Heinrich Aug. Raschke, Inwohn. allh., u. Frn. Joh. Christiane geb. Steinert, S., geb. d. 8., get. d. 15. Febr., Ernst Carl Robert. — 4) Joh. Traugott Kießlich, B. u. Stadtgartenbesitz. allh., u. Frn. Ernest. Louise geb. Lange, T., geb. d. 1., get. d. 16. Febr., Emilie Agnes. — 5) Hrn. Friedr. Sam. Michaelis, Kreisgerichtsbot. u. Ritter d. eisernen Kreuz. 2. Kl. allh., u. Frn. Joh. Amalie geb. Knobloch, S., geb. d. 28. Jan., get. d. 17. Febr., Carl Friedrich. — 6) Mstr. Joh. Gottl. Friedrich, B. u. Schuhmach. allh., u. Frn. Joh. Christiane geb. Preuß, T., geb. d. 31. Jan., get. d. 17. Febr., Joh. Emilie Bertha. — 7) Carl Friedr. Aug. Hennig, B. u. Gemüsehändler allh., u. Frn. Julie Marie geb. Habel, T., geb. d. 1., get. den 17. Febr., Marie Julie. — 8) Mstr. Joh. Sam. Hahn, B. u. Schuhm. allh., u. Frn. Louise Carol. geb. Fiedler, T., geb. d. 4., get. d. 17. Febr., Marie Louise Auguste. — 9) Joh. Georg Friedr. Beier, Inwohn. allh., u. Frn. Joh. Doroth. Rahel geb. Ulbrich, S., geb. d. 6., get. d. 17. Febr., Joh. Friedrich Theodor. — 10) Joh. Gottlieb Wünsche, Inwohn. allh., u. Frn. Christiane Martha geb. Deckwerth, T., geb. d. 7., get. d. 17. Febr., Auguste Louise Bertha. — 11) Hrn. Gottl. Aug. Tzschaschel, brauberecht. B. u. Tuchfabrikant. allh., u. Frn. Christiane Amalie geb. Knothe, S., todtgeb. d. 9. Febr.

Getraut. 1) Hr. Wilh. Aug. Ernst Krause, Rechtsanw. u. Notar zu Dresden, u. Fräul. Franziska Math. Bertha von Brietzke, Hrn. Friedr. Wilhelm v. Brietzke, Kgl. Preuß. Majors a. D. allh., ehel. jüngste Tocht., getr. d. 12. Febr. — 2) Mstr. Johann Gottl. Reck, B. u. Tischler allh., u. Jgfr. Louise Adelheid Härtelt, weil. Mstr. Carl Gottfr. Härtelt's, B., Roth- u. Lohgerb. zu Lauban nachgel. ehel. fünfte Tocht., getr. d. 12. Febr. in Lauban. — 3) Joh. Gottl. Tschoppe, z. Z. in Dienst. allh., u. Marie Rosine Meißner, aus Rauschwalde, getr. d. 17. Febr. in Cunnerwitz. — 4) Friedrich Wilh. Bitterlich, Fabrikarb. allh., u. Joh. Henriette Louise Reich, Joh. Georg Reich's, Fabrikarb. allh., jüngste Tocht. erst. Ehe, getr. d. 18. Febr. — 5) Joh. Carl Eduard Pfeiffer, Fabrikarb. allh., u. Emilie Aug. Adelheid Hermann, Joh. Friedrich Aug. Hermann's, früher Posamentier-Gehilfe allh., ehel. jüngste Tocht., getr. d. 18. Febr. — 6) Hr. Ernst Friedr. Theod. Rasemann, Music. instrum. allh., u. Jgfr. Sophie Louise Henriette Pelz, weil. Hrn. Joh. Gottlieb Pelz's, gew. gräfl. Revierjägers zu Nickolschmiede b. Halbau, nachgel. ehel. einzige Tocht., getr. d. 18. Febr. in Lauban.

Gestorben. 1) Christ. Samuel Jurisch, Inwohn. allh., gest. den 11. Febr., alt 67 J. 8 M. — 2) Joh. Gärtner, Huf- u. Waffenschmidtgeselle allh., gest. d. 12. Febr., alt 50 J. 5 M. 30 T. — 3) Mstr. Wilh. Gottlieb Friedr. Urban's, B., Huf- u. Waffenschmidts allh., u. Frn. Erdmuthe geb. Reitsch, S., Wilh. Gottlieb Hermann, gest. d. 10 Febr., alt 2 J. 4 M. 9. T. — 4) Joh. Gottlieb Adler's, Inwohn. allh., u. Frn. Johanne Christiane geb. Otto, S., Johann Gottlieb, gest. d. 9. Febr., alt 5 M. 22 T. — 5) Joh. Gottlieb Sänger's, Fabrikarb. allh., u. Frn. Joh. Christiane geb. Lehmann, S., Joh. Friedr. Eduard, gest. d. 13. Feb., alt 2 M. 20 T. — 6) Fr. Joh. Christiane Blümel geb. Geißler, weil. Mstr. Friedr. Aug. Blümel's, B. u. emerit. Oberältest. d. Kürschner allh., Witwe, gest. d. 13. Febr., alt 74 J. 3 M. 19 T. — 7) Mstr. Joh. Friedr. Wilh. Haupt, B. u. Tuchmach. allh., gest. d. 14. Febr., alt 72 J. 6 M. 13 T. — 8) Hrn. Otto Julius Freihrn. v. Bönigk, Kgl. Preuß. Lieuten. im 5. Jäg.-Bataill., u. Frn. Louise Caroline geb. v. Kamptz, T., Marie Louise Adelh. Gertrud, gest. d. 14. Febr., alt 11 M. 4 T.

Bekanntmachungen.

[139] Bekanntmachung.

Nachstehender Erlaß:

Diejenigen Reserven- und Wehrmänner des 1. Aufgebots, welche glauben invalide zu sein, stellen sich mit den Recruten ihrer Commune vor die Kreis-Ersatz-Commission, haben sich aber vorher und spätestens

bis zum 24. dies. Monats

zur Aufnahme in eine besondere Liste, entweder persönlich oder schriftlich bei ihrem Bezirks-Feldwebel zu melden.

Die Communal-Behörden haben dies den Betheiligten mitzutheilen.

Görlitz, den 12. Februar 1850. Königlicher Landrath.

wird hierdurch zur Kenntniß des Publikums gebracht.

Görlitz, den 16. Februar 1850.

Der Magistrat. Polizei-Verwaltung.

---

[140] Auctions-Anzeige.

Die nachstehend bezeichneten 64 Stück neue Kachelöfen:

11 Stück feine weiße Schmelzöfen, taxirt à 20 Thlr.,
6 " " blaue " " à 14 "
47 " weiße Begußöfen, " à 11 "

sollen mit Vorbehalt des Zuschlags

Freitag, den 22. März dieses Jahres,
von Vormittags 10 Uhr abwärts,

in dem EinWald'schen Fabrikgebäude zu Rothenburg

meistbietend gegen sofortige Baarzahlung in Preuß Courant versteigert werden.

Görlitz, den 18. Februar 1850.

Königl. Darlehnskassen-Agentur.

Mit Bezug auf vorstehende Anzeige mache ich bekannt, daß ich bereit bin, für diese Auction Aufträge zum Ankauf von Oefen, so wie auch zum Transport derselben nach Görlitz zu übernehmen.

Görlitz, den 18. Februar 1850.

Carl Benjamin Conrad,
Waaren-Revisor der Königl. Darlehnskasse.

Hamb. Rauchfleisch und echt astrach. Caviar offerirt
die Delicatessen- und Wein-Handlung
von **A. F. Herden,**
[142] Obermarkt No. 24.

---

[143] Eine Quantität Hornspäne sind zu verkaufen beim Kammmacher Rau, Jüdengasse.

Am Demianiplatze No. 476.

ist eine Etage, bestehend aus zwei Stuben, Stubenkammer und Alkove, zu vermiethen und Ostern zu beziehen. [119]

---

[141] Freitag, den 22. d. M., in der naturforschenden Gesellschaft: **„Vortrag des Herrn J. Tobias über Ornithologie."**

[144] Um vielseitigen Nachfragen zu begegnen, sieht sich der unterzeichnete Verein veranlaßt, den §. 3. seiner Statuten zu veröffentlichen, welcher lautet:

„Mitglied des Vereins kann Jeder werden, der das 18te Jahr „zurückgelegt hat, in unbescholtenem Rufe steht und genügend selbst„ständig ist, um unbehindert seine Pflichten als Vereinsmitglied „erfüllen zu können."

Alle Diejenigen, welche dem Vereine beizutreten gesonnen sind, werden ersucht, sich Behufs Einsicht der Statuten beim Turnlehrer Böttcher hierselbst melden zu wollen. Görlitz, den 20. Februar 1850.

Der Turn- und Rettungs-Verein hierselbst.

In Betreff des Brieffragments vom 5. Februar in No. 18. der L. Z. wird erklärt, daß dasselbe ohne Wissen und Absicht des Briefstellers durch ein ihm nicht zur Last fallendes Mißverständniß aufgenommen worden ist.

Die Redaction.

Literarische Anzeigen.

Durch alle Buchhandlungen ist zu haben:

Geschichte des ungarischen Freiheitskampfes,
oder Zusammenstellung der historischen Begebenheiten in Ungarn vom 15. März 1848 bis 14. August 1849, von A. Kurz, Preuß. Lieutenant a. D. 8. geh. 7½ Sgr. (Verl. v. C. Flemming.)

Portraits von Kossuth, Bem und Dembinski auf 1 Blatt. 7½ Sgr.

Bei **G. Heinze & Comp.**, Oberlangengasse No. 185., ist zu haben:

Der
kluge Hausvater u. die kluge Hausmutter.
Ein treuer Rathgeber
in allen Vorkommnissen der Land- und Hauswirthschaft und der damit verbundenen Nebengewerbe.
Nebst einem Anhange:
Gemeinnützige Mittheilungen.
Herausgegeben von **William Löbe,**
Redacteur der landwirthschaftl. Dorfzeitung.
Zweite gänzlich umgearbeitete Auflage.
Mit 10 Tafeln Abbildungen.
8. Velinpapier. In Umschlag geheftet. Preis für 33 Bogen nur 25 Sgr.

Schnellpressendruck von G. Heinze u. Comp.